

Internationale Rundschau

Starker Mitgliederzuwachs beim Britischen Gewerkschaftsbund

Der 380 000 Mitglieder umfassende britische Lehrerverband (*National Union of Teachers*) hat beschlossen, sich um die Zulassung zum Britischen Gewerkschaftsbund zu bewerben. Damit findet eine Entwicklung ihren vorläufigen Abschluß, die sehr lange zurückgeht. Durch Jahrzehnte waren Bestrebungen im Gange, den Lehrerverband aus einer Standesvereinigung zu einer richtigen Gewerkschaft zu machen. Die Verbandsführung war immer schon für den Anschluß an den Gewerkschaftsbund, doch haben sich Urabstimmungen der Mitgliedschaft gegen einen solchen Beitritt ausgesprochen.

Der in diesem Jahr abgehaltene Verbandstag hat beschlossen, in dieser Frage keine weitere Urabstimmung zu halten, sondern die Entscheidung selbst durch eine Abstimmung herbeizuführen, in der die Zahl der von den Delegierten vertretenen Mitglieder zur Grundlage genommen wird. Die Entscheidung erfolgte mit 162 000 gegen 75 000 Stimmen, also mit großer Mehrheit, für einen Anschluß.

Damit zieht eine sehr große Gewerkschaft neu in den Gewerkschaftsbund ein, in dem sie unter den acht stärksten ihren Platz finden wird. Der ganze Zuwachs der letzten Jahre, den der Gewerkschaftsbund zu verzeichnen hatte, bezog sich auf Verbände entweder von öffentlichen oder von Privatangestellten, da die Arbeitergewerkschaften seit jeher nahezu restlos im Gewerkschaftsbund organisiert sind. Vor fünf Jahren ist die fast 400 000 Mitglieder umfassende Gewerkschaft der Gemeindebeamten (NARGO) dem Gewerkschaftsbund beigetreten. Durch den Beitritt des Lehrerverbandes verschieben sich die Gewichte innerhalb des Gewerkschaftsbundes weiter zugunsten der nicht-manuellen Arbeitnehmer. Das muß aber auch seine Auswirkungen auf die politische Einstellung des Gewerkschaftsbundes haben. Die Arbeitergewerkschaften sowie eine Reihe von Angestelltenverbänden — von den Verbänden der öffentlichen Angestellten die Eisenbahner- und Postler-Organisationen — sind kollektiv der *Labour Party* angeschlossen, was den einzelnen Mitgliedern nicht verwehrt, sich von der „politischen“ Mitgliedschaft streichen zu lassen.

Die meisten Staatsbeamtenorganisationen und viele Privatangestelltenverbände, auch wenn sie unter ihren Mitgliedern zahlreiche Sozialisten haben, wie zum Beispiel die Journalistengewerkschaft, halten sich von jeder politischen Stellungnahme fern. Der Gewerkschaftsbund als solcher steht mit der *Labour Party* in keiner organisatorischen Verbindung,

hat aber bisher regelmäßig bei Wahlen und anderen Gelegenheiten offiziell die Arbeiterpartei unterstützt, auch wenn es in den letzten Jahren hie und da Auseinandersetzungen mit der Labourregierung gab.

Die der *Labour Party* nicht angeschlossenen Mitgliedsverbände im Gewerkschaftsbund haben diese politische Haltung des Gewerkschaftsbundes toleriert unter der Voraussetzung, daß man von ihnen nicht annimmt, daß sie sich durch solche Resolutionen gebunden fühlen. Aber der Beitritt eines weiteren unpolitischen Verbandes von der Größe der Lehrerorganisation wird natürlich eine gewisse Verschiebung zugunsten der gegen politische Bindungen eingestellten Gewerkschaften zur Folge haben, wenn sich auch bei der Langsamkeit, die die Entwicklung in England normalerweise charakterisiert, die Folgen nicht so bald bemerkbar machen dürften.

Der Beweggrund des Lehrerverbandes, sich nun als Gewerkschaft zu fühlen, mag nicht nur auf die in den letzten Monaten fühlbare Kampfesstimmung innerhalb der Lehrerschaft zurückzuführen sein, die eine Verbesserung ihrer Gehalts- und sonstigen Anstellungsverhältnisse anstrebt. Der große Lehrerverband war dadurch ein wenig irritiert, daß eine viel kleinere, aber gleichfalls Lehrer umfassende Organisation, die *National Union of Schoolmasters*, schon vorher Mitglied im Gewerkschaftsbund war und der Lehrerverband dieser Organisation nicht das Monopol der Vertretung der Lehrerschaft im gewerkschaftlichen Bereich überlassen wollte. Nach dem Beitritt des Lehrerverbandes wird der Britische Gewerkschaftsbund insgesamt fast 9 Millionen Mitglieder zählen. *Dr. J. W. Brügel*

Sozialforschung in Griechenland

Demosthenes Savramis macht in einer Rezension des neuen Buches von *Korisis**) zur Soziologie der Politik darauf aufmerksam, daß in Griechenland fast alles, was als Soziologie bezeichnet worden ist, nichts mit dem wissenschaftlichen Fach Soziologie gemein hat. Dieser Satz könnte auf andere Zweige der Sozialwissenschaften übertragen werden. *Korisis* entlarve die meisten griechischen Gelehrten, die sich als Soziologen betätigen, als Dilettanten. Dennoch kann man *Savramis* nicht zustimmen, wenn er meint, mit den Augen eines Menschen gesehen, dem die nichtgriechische Soziologie offenliegt, biete das Buch nichts Neues²⁾: ist es nicht bezeichnend, daß *Korisis* erst darlegen muß, was Soziologie ist — und was nicht? Ist es nicht erschreckend, wenn

1) Chariton Korisis: Soziologie der Politik — Systematische Analyse der Beziehungen zwischen der politischen Wissenschaft und der Soziologie, Athen 1969, 174 S. (Nur in griechischer Sprache!).

2) Demosthenes Savramis, Rezension zu 1), „hellenika“, 111/69, S. 46/47.

er konsequent jede konkrete Kritik vermeidet an jenen, die ihre Geschäfte in Griechenland als Soziologie tarnen? Ist es für uns nichts Neues, wenn er die Einstellung der Zeitschrift *Koinoniologike Skepse* („Soziologisches Denken“³⁾ im April 1967 nicht erwähnt und die Gründung des Zentrums für Sozialwissenschaften in Athen 1959⁴⁾ verschweigt? So müssen sich die Griechen dieser Tage, die auch als Wissenschaftler häufig keine Fremdsprachen beherrschen, mit dieser elementaren Einführung begnügen.

Offenbar ist jede empirische Sozialforschung, wie der Verfasser bereits im März 1967 bei eigenen Bemühungen erfuhr, noch immer unerwünscht: Bereits damals pflegte die Polizei, die anfangs Interviews unmittelbar überwachte und beeinflusste, nach Aushändigung unserer Fragebogen nachträglich ihrerseits „Befragungen“ vorzunehmen, die die wissenschaftliche Ergiebigkeit kaum gefördert haben dürften. Diesen Hinweis vermißt man im übrigen bei vielen Studien und Monographien zur Soziologie der Entwicklungsländer: unsere üblichen Instrumentarien, unter relativ freien Bedingungen entwickelt und dank der eingebauten Kontrollsysteme auch anwendbar, sind unzureichend in autoritären und totalitären Systemen. Selbst exakt vorgenommene Untersuchungen dürften, soweit sie den informellen Bereich nicht vorwiegend und kritisch hinzuziehen, unter dem massiven Druck der Autoritäten, den die Untersuchenden oft gar nicht spüren, zu Illusionen werden, wie wir ebenfalls erfahren⁵⁾.

Noch immer ist das Werk von *Pfeffer-Schaafhausen*⁶⁾ über Griechenland, wie auch *Ansgar Skriver* und *Demetrius Tsakonas* u. a. aufzeigen, mit seiner erstmaligen Darstellung der primären und sekundären Klientelherrschaft der Schlüssel zum politischen und sozialen Verständnis der griechischen Gesellschaft. Wir meinen, ein zuwenig benutzter Schlüssel. Sonst gäbe es bis in diese Tage hinein bei denen, die publizieren und bei solchen, die Entscheidungen zu treffen haben, nicht derartige Irrtümer, die folgenschwer sind. Zwar bedürfte das Pfeffersche Werk als Grundlage der Sozialforschung in Griechenland einer dringenden Neubearbeitung. In seinen überzeitlichen Erkenntnissen und seiner Darstellung ist es jedoch das, was man klassisch nennt.

Auch die Untersuchung von *Johannes Papalekas* über die griechische Sozialstruktur und diejenige über Wohnungsbau und Wohnungswirtschaft von *Jürgen Heuer* wären ohne der Pfefferschaafhausenschen Grundlagen nicht denkbar⁷⁾. Selbst die sehr detaillierte, zu praktischen Folgerungen ermunternde Dissertation von *Georg Perreiter*, die sich mit der Wirtschafts- und Sozialstruktur der Kykladeninsel Amorgos befaßt, stützt sich in einigen Grundthesen auf diese Forschungsergebnisse⁸⁾.

In Griechenland ist eine zutreffende allgemeine Beschreibung der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht gelungen. Auch die Gewerkschaften haben nichts dazu beigetragen. Im Gegenteil, sie erwiesen sich als Verfechter der antiquierten Klientelherrschaft⁹⁾. 1932 wurde an der Universität Athen ein Lehrstuhl für Soziologie geschaffen, der schon 1936 wieder aufgehoben wurde. Seit 1964 konnten Kurse über die Grundlagen der Soziologie an der „Panteios-Hochschule für Politische Wissenschaft“ gehört werden. Es fehlten Lehr- und Ausbildungsinstitutionen für Soziologie, Sozialanthropologie, Sozialpsychologie und Humangeographie. Damit entfielen auch eigene Forschungsvorhaben und -arbeiten.

1959 wurde von der griechischen Regierung in enger Zusammenarbeit mit der UNESCO das „Zentrum für Sozialwissenschaften, Athen“ gegründet, das 17 Fachleute, 13 Assistenten sowie 10 Hilfskräfte umfaßte. Es war eine Einrichtung neben den Universitäten und wurde ein Opfer des 21. 4. 1967, als man kurzerhand das Studium der Soziologie verbot. Dabei sollte das Zentrum unmittelbar der Entwicklung Griechenlands dienen — insgesamt gesehen hat es diesen Dienst in Anbetracht der Kürze der Zeit, des bescheidenen Etats, der Uninteressiertheit des Verwaltungs- und Universitätsapparats hoffnungsvoll begonnen. „The Internal Migrant“ von *Calliope Moustaka* (1964) ist eine gelungene Urbanisationsstudie aus dem Zentrum. Außerdem wurden einige Gemeindestudien, eine zum Problem der Auswanderung, zwei Projekte über Erziehung, insbesondere über die Schulflucht bei Volks- und Realschulen unternommen. Außerdem gibt es eine Reihe von Untersuchungen gemeinsam mit ausländischen Einrichtungen, vorwiegend des mittelmeerischen Raumes, so z. B. über Jugendkriminalität und sozialen Wandel, Erkenntnis- und Gefühlsgehalten von Kindern gegenüber ihrem eigenen Land und anderen Ländern.

- 3) D. Savramis: Die erste griechische soziologische Zeitschrift, in: „Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie“, 19/1967, S. 423 ff.
- 4) Helene Agyriades: Das Zentrum für Sozialwissenschaften Athen, in: „hellenika“, HI/1966, S. 53 ff.
- 5) Mechthild Röttger/Herbert Adam: Sozialforschungen auf Amorgos, März/April 1967.
- 6) Kari-Hemz Pfeffer/Irma Sdiaafhauseri: Griechenland — Grenzen wirtschaftlicher Hilfe für den Entwicklungserfolg, 139 S., Hamburg 1959.
- 7) Beide Arbeiten sind enthalten in: H. J. Seraphim: Griechische Entwicklungsprobleme. Studien an einem kontinentaleuropäischen Entwicklungsland, Köln-Braunsfeld 1962.
- 8) G. Perreiter: Stand und Entwicklungsmöglichkeiten der Wirtschafts- und Sozialstruktur der Kykladeninsel Amorgos (Griechenland), Dissertation TU München, 1967.
- 9) Herbert Adam: Zur Lage der Arbeiter und der Gewerkschaften in Griechenland, in: Ansgar Skriver: Notstand seit zwei Jahren — Die Militärdiktatur in Griechenland, Sendung des WDR, III. Programm vom 19. 4. 1969, Manuskript, S. 37—43.

Drei französische Humangeographen erarbeiteten im Zentrum den „ökonomischen und sozialen Atlas Griechenlands“. Hierbei arbeitete auch der „Nationale Statistische Dienst Griechenlands“ und das „Zentrum für Planung und Wirtschaftsforschung“ mit. Das Zentrum besaß die einzige sozialwissenschaftliche Bibliothek des Landes mit etwa 2500 Bänden in englischer und französischer Sprache. 1961 und 1963 wurden Kongresse für Sozialwissenschaftler, die sich mit der Feldforschung des Mittelmeergebiets beschäftigten, abgehalten. Unbegreiflich, daß man diesen ersten, sehr beachteten Ansatz sozialwissenschaftlicher Forschungen, die sich mühte, europäisch-amerikanisches Niveau zu erlangen, plump zerstückelte.

Das „Zentrum für Planung und Wirtschaftsforschung“ widmete sich in einer Reihe von Monographien bedeutender Themen, die sich bei der engen Verflechtung des ökonomischen mit dem sozialen Bereich, auch mit diesem beschäftigten. Der 13. Band dieser Forschungsschriften „Sozialer Wandel in einer griechischen Landstadt“ von *Ioanna Lambiri* scheint uns das bedeutendste Zeugnis griechischer Wissenschaft über diesen Gegenstand zu sein¹⁰). Es ist die erste größere Untersuchung auch über soziale Veränderungen im Status der Frau durch die Arbeit in Fabriken. Zwar gibt es vielerlei Anmerkungen zur Rolle der griechischen Frau in heimischen und ausländischen Publikationen. Außer einem Versuch des Theologen *Anastasios Katsanakis* im Seminar von Professor Pfeffer in Münster dürfte es keine zusammenfassende Beschreibung hierüber geben. Man rührt hier an einen Bereich, der ebenso tabuisiert ist, wie die Frage der notwendigen und unausbleiblichen gesellschaftlichen Veränderungen oder die der nationalistischen Träumen.

Das Koordinationsministerium in Athen hat 1969 eine Schrift über die Erfolge der nationalen Regierung im wirtschaftlichen Feld herausgegeben, die nicht als bloßes Propagandapamphlet abgetan werden kann¹¹).

In ihr werden ökonomische Versuche und Ergebnisse angesprochen, die soziale Veränderungen bewirken müssen, auch solche, die die sekundäre Klientelherrschaft in eine moderne Industriegesellschaft zu verwandeln geeignet sind — selbst, wenn man sich dagegen wehren sollte. Das „Ideal“ der Regierungskunst nach 1967 ist dasselbe, wie das der „königlichen Demokratie“ zuvor: die „konfliktlose Gesellschaft“, die Volksgemeinschaft unseligen Angedenkens.

Mit dieser Ideologie behaftet, sind nicht einmal rein deskriptive Versuche der sozialen Wirklichkeit möglich, geschweige denn die Erprobung von Thesen und Theorien einer Gesellschaft, die mit ihren Konflikten lebt und sie sachbezogen zu lösen trachtet. Griechenland ist heute das Beispiel eines Landes mit geschlossener Gesellschaftsordnung, deren wirtschaftliche Fortschritte wesentlich der Klasse zugute kommen, die Pfeffer mit der sekundären Klientel aufgezeigt hat. Ökonomische und soziale Entwicklung zeigen deutliche Diskrepanz. An den Herrschaftsverhältnissen hat sich in Griechenland nichts geändert. Das Gegenteil wäre durch eine exakte, breit angelegte Sozialforschung zu erweisen. Daran aber fehlt es einstweilen völlig. *Herbert Adam*

10) Ioanna Lambiri: Social Change in a Greek Country Town — The Impact of Factory Work on the Position of Women, 163 S., Athens 1965.

11) Ministry of Coordination: Two Years of Economic and Social Progress — The Achievements of the National Government in the Economic Field — April 1967 — April 1969. Printed in Athens at the Bank of Greece Printing Works, 1969, 87 S.